

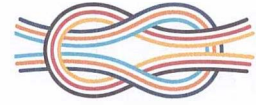


Bundeskanzleramt

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Postzustellurkunde

Herrn
Arne Semsrott
Open Knowledge Foundation
Deutschland e.V.
Singerstraße 109
10179 Berlin



G20 GERMANY 2017
HAMBURG

Venzke
Referat 131
Angelegenheiten des
Bundesministeriums der Justiz und
für Verbraucherschutz, Justizariat,
IFG-Koordination

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400 - 0
FAX +49 30 18 400 - 2357
MAIL poststelle@bk.bund.de

BETREFF **Anfragen nach dem
Informationsfreiheitsgesetz (IFG)**

AZ **13 IFG - 02814 - In 2017 / NA 114**

BEZUG **Ihre Anfrage vom 2. November 2017**

Berlin, ^{15.} November 2017

Sehr geehrter Herr Semsrott,

mit E-Mail vom 2. November 2017 beantragten Sie u.a. auf der Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) die Zusendung

sämtlicher Dokumente im Bundeskanzleramt zu den aktuellen Sondierungsgesprächen zur [Bildung] einer möglichen neuen Bundesregierung.

Auf Ihren Antrag ergeht folgende Entscheidung:

1. Der Antrag wird abgelehnt.
2. Der Bescheid ergeht kostenfrei.

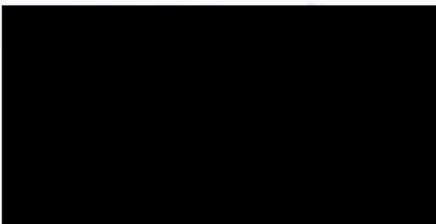
I.

Im Bundeskanzleramt liegen keine amtlichen Informationen im Sinne Ihrer Anfrage vor, da die Sondierungsgespräche nicht durch das Bundeskanzleramt vorbereitet werden.

II.

Gemäß § 10 IFG in Verbindung mit der Informationsgebührenverordnung (IFGGebV) fallen keine Kosten an.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin, einzulegen.

Ich weise darauf hin, dass für die vollständige oder teilweise Zurückweisung eines Widerspruchs eine Gebühr in Höhe von mindestens 30,00 Euro anfällt.